

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Dezember 2020



Forschungsergebnisse

Corona-Steuerhilfe greift zu kurz

Schwerpunkt Digitalisierung

Digitalisierungsschub für Unternehmen in Corona-Krise

Standpunkt

Schließungen alleine reichen nicht aus

Die ZEW-Kurzexpertise untersucht Chinas Innovations- und Wirtschaftsleistung.

Foto: © iStockphoto.com/AerialPerspective Works

Chinas Innovationsleistung ist weniger umfassend als häufig angenommen

Der vierzehnte Fünfjahresplan (2021–2025) betont Innovation als die zentrale Triebfeder für Chinas zukünftige Wirtschaftsentwicklung. Das Bruttoinlandsprodukt soll sich bis zum Jahr 2035 verdoppeln. Mit Blick auf die Umsetzung seiner wirtschaftspolitischen Ziele sendet China allerdings gemischte Signale aus. Einerseits werden weiterhin marktorientierte Reformen und die Öffnung des Marktes hervorgehoben, andererseits sollen unter staatlicher Führung wirtschaftliche und technologische Unabhängigkeit erreicht werden.

Eine ZEW-Kurzexpertise, die den Beginn einer Reihe von Veröffentlichungen des Teams um Wissenschaftler Philipp Böing zu Forschungsergebnissen rund um Chinas Innovationstätigkeit markiert, führt aus, wie sich bisherige wirtschaftspolitische Maßnahmen auf die chinesische Innovations- und Wirtschaftsleistung

auswirken. China weist im Allgemeinen eine weniger umfassende Innovations- und Wirtschaftsleistung auf als häufig angenommen und ist derzeit noch weit entfernt vom Status eines Hoheinkommenslandes. Die Kurzexpertise gibt Aufschluss: Nach der globalen Finanzkrise sank das Produktivitätswachstum in der chinesischen Gesamtwirtschaft um mehr als die Hälfte – das Produktivitätsniveau erreicht aktuell lediglich ein Drittel des Niveaus der USA. Im verarbeitenden Gewerbe tragen weitestgehend bereits bestehende Unternehmen zu Effizienzgewinnen bei. Trotzdem ist auch hier das Produktivitätswachstum insgesamt durch Fehlallokationen sowie Beschränkungen bei Markteintritten und Austritten rückläufig.

Die gesteigerte Innovationstätigkeit soll Chinas Wirtschaft effizienter machen. Weltweit trägt China mittlerweile ein Viertel zu Forschungs- und Entwicklungsausgaben bei und ist sowohl

bei heimischen als auch internationalen Patentanmeldungen führend. Der Anstieg vermochte den Rückgang des Produktivitätswachstums in China zwar nicht zu verhindern, hat aber wohl einen noch stärkeren Rückgang abgedeckt.

In Frage steht, ob sich derartige Entwicklungen auch zukünftig beobachten lassen. Durch die bisherige Absorption bestehender Ideen und Technologien nimmt nicht nur Chinas Distanz zur globalen Technologiegrenze ab, sondern auch zukünftige Forschungs- und Entwicklungserträge, während derzeit Zugangsbarrieren zu ausländischer Spitzentechnologie zunehmen. Weitere problematische Folgen könnte eine explizit missionsorientierte Politik, ausgerichtet auf den Aufbau wirtschaftlicher und technologischer Unabhängigkeit, haben. Grund ist, dass staatliche Unterstützung häufig Schlüssel- und Prestigeprojekte, mit teilweise stärkerer Gewichtung sicherheitspolitischer als ökonomischer Erwägungen, zugutekommt. Auch kann der Staat bei seiner Auswahl von Zukunftstechnologien schlicht danebenliegen. Aus ökonomischer Sicht würde dies enorme Opportunitätskosten verursachen.

Wirtschaftliche Erfolge trotz staatlicher Eingriffe

Industrieländer, die einer zunehmenden Konkurrenz durch China ausgesetzt sind, sollten laut ZEW-Kurzexpertise vermei-

den, Chinas technologische Leistungsfähigkeit – oder sogar Überlegenheit – durch eine missionsgetriebene Agenda und nationale Champions zu begründen. Wenn überhaupt, deutet die wissenschaftliche Evidenz darauf hin, dass wirtschaftliche Erfolge nicht aufgrund, sondern trotz übermäßiger staatlicher Eingriffe erzielt wurden. Chinas Subventionen verringern außerdem private Investitionen im eigenen Innovationssystem und lassen keine langfristigen Produktivitätszuwächse erkennen.

Marktorientierte Reformen als Chance für China

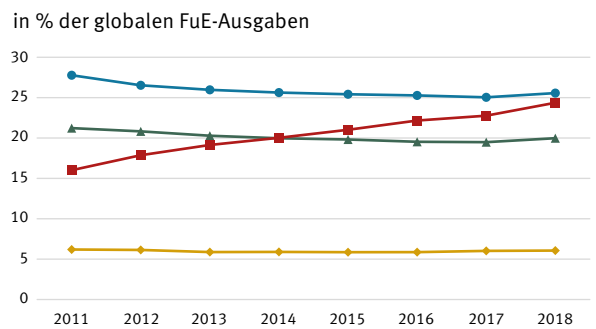
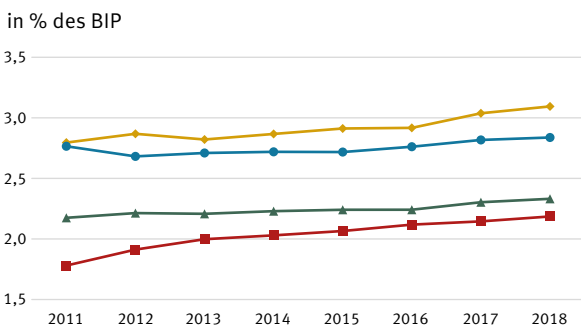
Auch die Maßnahme der Patentunterstützung, deren Konsequenz eher einer überproportionalen Steigerung von Patentanmeldungen minderer Qualität entspricht, zeigt: Chinas Innovationspolitik ist zwar mitunter effektiv, aber selten effizient. Daher sind weitere marktorientierte Reformen nötig, aus denen sich Vorteile sowohl für China als auch für ausländische Staaten und Unternehmen sowie ein fairer Wettbewerb ergeben. Aus politischer Perspektive wird die Konzeption und Umsetzung des angekündigten „Nationalen Mittel- und langfristigen Entwicklungsplans für Wissenschaft und Technologie 2021–2035“ Chinas zukünftige Ausrichtung im Detail signalisieren.

Die Kurzexpertise zum Download: www.zew.de/PU82159

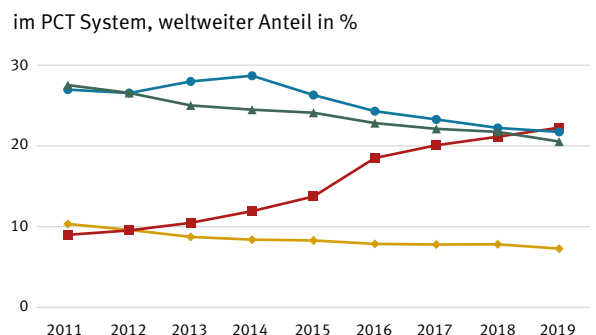
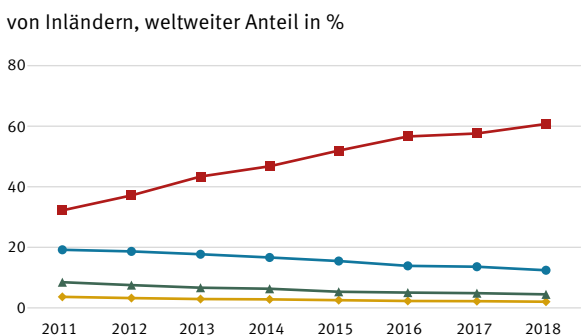
Dr. Philipp Böing, Philipp.boeing@zew.de

CHINAS F&E-AUSGABEN UND PATENTANMELDUNGEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

FuE-Ausgaben



Patentanmeldungen



Wir betrachten 28 EU-Mitgliedsländer zwischen 2011 und 2019. Die Bruttoaufwendungen der EU für Forschung und Entwicklung (GERD) in Prozent des BIP stellen einen gewichteten Durchschnitt dar, entsprechend des Beitrags jedes Mitgliedslandes zu den GERD der EU in Kaufkraftparitäten. Der ungewichtete Durchschnittswert der EU ist niedriger als der gewichtete Durchschnittswert. Patentanmeldungen messen die Anmeldungen von Inländern beim nationalen Patentamt oder durch das Patent Cooperation Treaty (PCT) System bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO). Die Daten stammen von der Weltbank, der OECD und der WIPO. Quelle: ZEW, OECD, Weltbank und WIPO

Grundbesitzer in Preußen förderten öffentliche Gesundheit deutlich weniger als landlose Elite

In Schwellenländern sind Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht, die öffentliche Gesundheit zu verbessern. Ob die politische Führungsebene überwiegend aus Grundbesitzern besteht oder aus Personen ohne Grundbesitz, spielt hierbei eine wichtige Rolle. Dies zeigt eine aktuelle ZEW-Studie, die diese Fragestellung am historischen Beispiel Preußens analysiert.

Preußen war im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert eine semi-konstitutionelle Monarchie und investierte umfangreich in die öffentliche Gesundheit. In der politischen Führungselite der einzelnen Landkreise waren ausschließlich vermögende Männer vertreten. Sie setzte sich zusammen aus Grundbesitzern einerseits und grundbesitzlosen Führungspersonen andererseits.

Im Rahmen der ZEW-Studie wurde zunächst ein Index konstruiert, der die Verteilung von grundbesitzenden und grundbesitzlosen Politikern widerspiegelt. Dazu wurden Listen aller preußischen Landkreis-Direktoren sowie der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Reichstags erstellt – insgesamt mehr als 5.000 preußische Politiker aus Landkreisen und kreisfreien Städten. Zu diesen Personen wurden biografische Daten zusammengetragen und ausgewertet; als grundbesitzend wurden all diejenigen klassifiziert, denen selbst oder deren nahen Familienangehörigen landwirtschaftliche Güter gehörten.

Dann wurde anhand von Zahlen des Preußischen Statistischen Bureaus bzw. des Preußischen Statistischen Landesamts ein Maß bestimmt, das wiedergibt, wie weit entwickelt die öffentliche Gesundheitsinfrastruktur in jedem preußischen Landkreis war. Dieses Maß umfasst acht öffentliche Gesundheitsgüter: Krankenhäuser, Kanalisationssystem, Trinkwasserversorgung, Müllabfuhr, Krankenkassen, Pflegeeinrichtungen, öffentliche Bäder und Schlachthöfe. Dabei gilt es, zwei Arten von öffentlichen Gesundheitsgütern zu unterscheiden: Während etwa Krankenhäuser der Bevölkerung Zugang zu medizinischer Versorgung ermöglichen, beugen beispielsweise Kanalisation und Müllabfuhr eher dem Ausbruch von Infektionskrankheiten vor.

Wie die ZEW-Studie zeigt, waren die beiden Personengruppen unterschiedlich stark geneigt, in Projekte zur Förderung der öffentlichen Gesundheit zu investieren. Verglichen mit Grundbesitzern war die grundbesitzlose politische Elite bereit, mehr in die allgemeine Gesundheitsinfrastruktur zu investieren. Dies gilt sowohl für die öffentlichen Güter, die der Bevölkerung Zugang zu medizinischer Versorgung ermöglichen, als auch für die Güter, die Infektionskrankheiten vorbeugen helfen. Nahm der politische Einfluss grundbesitzloser Führungspersonen um eine Standardeinheit zu, so verbesserte sich die Bereitstellung öffentlicher Gesundheitsgüter um 0,3 Standardeinheiten.

Risiko von Streiks und Unruhen senken

Die ZEW-Studie führt zwei Begründungen für dieses Ergebnis an. Einerseits senkte eine gute gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung das Risiko von Streiks und sozialen Unruhen. Um Aufstände und Streiks zu vermeiden, investierte die grundbesitzlose politische Elite in solche öffentliche Gesundheitsgüter, die den Zugang zu medizinischer Versorgung verbesserten. Andererseits profitierte die politische Elite auch finanziell. Denn in Ballungsgebieten wohnten und arbeiteten die Menschen dicht beieinander, sodass Infektionskrankheiten sich schnell ausbreiten und sich auch auf die wohlhabende Bevölkerung übertragen konnten. Um dies zu verhindern, investierten grundbesitzlose politische Führungskräfte in jene öffentlichen Gesundheitsgüter, die der Übertragung von Infektionskrankheiten vorbeugen.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Preußen ähneln denen in den heutigen Schwellenländern. Daher kann Preußen als Beispiel dienen: Um die öffentliche Gesundheitsversorgung in Schwellenländern zu verbessern, ist ein möglicher Ansatz, die Arbeiterschaft zu vernetzen, die dann ihre Rechte besser durchsetzen kann, oder die Führungselite darauf hinzuweisen, dass eine gesunde Arbeiterschaft durchaus auch ihnen selbst einen finanziellen Vorteil beschert.

Download der Studie unter: www.zew.de/PU82135

Dr. Tommy Krieger, tommy.krieger@zew.de

INHALT

Chinas Innovationsleistung ist weniger umfassend als häufig angenommen 1

Grundbesitzer in Preußen förderten öffentliche Gesundheit deutlich weniger als landlose Elite 3

Bund bleibt mit Corona-Steuerhilfe hinter seinen Möglichkeiten zurück 4

Schwerpunkt Digitalisierung 5

Effektive Klimapolitik sollte über den reinen Emissionshandel hinausgehen 8

Nachgefragt: Wo findet Marktdesign im Alltag statt? 9

ZEW intern 10

Daten und Fakten, Termine 11

Standpunkt 12



Die Studie untersucht die Auswirkungen des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes auf die effektive Steuerbelastung deutscher Unternehmen. Dabei zeigt sich, dass kleine Unternehmen kaum entlastet werden.

Foto: © iStockphoto.com/Ridofranz

Bund bleibt mit Corona-Steuerhilfe hinter seinen Möglichkeiten zurück

Das Zweite Corona-Steuerhilfegesetz fällt nicht ehrgeizig genug aus, um die Folgen der Krise abzufedern. Gerade kleine Unternehmen profitieren wenig von den Vergünstigungen in ihrer aktuellen Form. Gemessen am Ausmaß der Krise geraten die Maßnahmen insgesamt zu zaghaft und wenig innovativ, argumentiert ein Team aus Wissenschaftlern/-innen des ZEW und der Universität Mannheim in einer gemeinsamen Studie.

Der Gesetzgeber vollzieht mit dem Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz zwar einen schnellen, aber keinen allzu großen „Wumms“. Mit Blick auf das Ausmaß der Krise greifen die Maßnahmen zu kurz. Die Corona-Krise trifft die deutsche Wirtschaft noch viel härter als die Finanzkrise in den Jahren 2008/09, weshalb weitergehende Maßnahmen angemessen wären.

Die Studie untersucht einerseits die Auswirkungen des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes auf die effektive Steuerbelastung deutscher Unternehmen. Andererseits evaluieren die Autoren/-innen die ertragsteuerlichen Konsequenzen, die ein Aussetzen der Mindestbesteuerung mit sich bringen würde. Für die Betrachtung modellieren sie die Auswirkungen der steuerlichen Maßnahmen auf die effektive Unternehmenssteuerbelastung mithilfe des Simulationsmodells „European Tax Analyzer“ in verschiedenen Krisenszenarien.

Nur große Unternehmen profitieren von höherem Verlustrücktrag

Die Wissenschaftler/-innen stellen fest, dass sich vor allem große Unternehmen von den Erhöhungen des Verlustrücktrags und des Freibetrags für gewerbsteuerliche Hinzurechnungen zeitnah mehr Liquidität versprechen können. Der Verlustrücktrag steigt von einer Million auf fünf Millionen Euro, und der Freibetrag für gewerbsteuerliche Hinzurechnungen verdoppelt sich von 100.000 auf 200.000 Euro. Kleinere Unternehmen, die bereits vor deren Anhebung nicht von den Grenzen betroffen waren, profitieren nicht. Für sie wäre es wichtiger, den Rücktragszeitraum für Verluste auf zwei Jahre auszuweiten. Dadurch könnten nicht nur Steuerzahlungen aus dem Jahr 2019, sondern ebenfalls aus dem Jahr 2018 erstattet werden.

Eine temporäre Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Neuinvestitionen ist ebenfalls Teil des Corona-Steuerhilfepakets. Sie kommt grundsätzlich allen Unternehmen zugute. Allerdings geht der deutsche Gesetzgeber damit nicht über die Maßnahmen der Finanzkrise hinaus. So würde etwa die temporäre Einführung einer Sofortabschreibung den deutschen Fiskus aufgrund der aktuellen Niedrigzinsphase finanziell nicht belasten, aber deutlich stärkere Investitionsanreize schaffen.

Studie untersucht erstmals Auswirkung des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes

Außerdem könnte die Mindestbesteuerung in den kommenden Jahren problematische Folgen haben. Diese Regelung begrenzt den Abzug von Verlusten aus den Vorjahren auf 60 Prozent der Einkünfte, die einen Sockelbetrag überschreiten. Durch diese betragsmäßige Beschränkung werden Gewinne mit bis zu 40 Prozent steuerlich belastet, selbst wenn das Unternehmen erhebliche Verlustvorträge verzeichnet. Dies kann die Verrechnung von krisenverursachten Verlusten deutlich verzögern und entzieht den Unternehmen dringend benötigte Liquidität. Der krisenverschärfende Effekt von im Jahr 2020 entstandenen Verlusten kann nur dann aufgehoben werden, wenn deren Mindestbesteuerung zeitweise ausgesetzt wird. Dadurch würde auch der Staatshaushalt nicht nennenswert dauerhaft belastet. Um Mitnahmeeffekte zu verhindern, sollten vor der Krise entstandene Verluste weiterhin der Mindestbesteuerung unterliegen.

Die Autoren/-innen kommen zum Schluss, dass der „Wumms“ bei der Umsetzung der zusätzlichen Maßnahmen deutlich größer ausfallen würde. Da es sich dabei um rein zeitliche Verschiebungen der Steuerzahlung handelt, verursachen die steuerlichen Erleichterungen in Anbetracht der aktuellen Niedrigzinsphase auch keine nennenswerten Kosten für den Staatshaushalt.

Der Beitrag erschien zuerst in längerer Version bei „Der Betrieb“: <https://www.der-betrieb.de/inhalte/der-betrieb-inhalte/inhaltsverzeichnis-47-2020/>

Theresa Bührle, theresa.buehrle@zew.de

Leonie Fischer, leonie.fischer@zew.de

Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@uni-mannheim.de



Schwerpunkt DIGITALISIERUNG

Während der Corona-Pandemie verzeichnen Unternehmen einen Digitalisierungsschub

Im Zuge der Corona-Krise machen viele Unternehmen Fortschritte bei der Digitalisierung ihres Angebots, ihrer Geschäftsprozesse und der Arbeit ihrer Beschäftigten. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern berichten etwa 40 Prozent und im Verarbeitenden Gewerbe etwa 25 Prozent der Unternehmen von einem solchen Digitalisierungsschub. Derweil liegen die Umsätze der Unternehmen häufig noch unterhalb des Vorkrisen-Niveaus, wie eine Umfrage des ZEW bei rund 1.400 Unternehmen der Informationswirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes zeigt.

Vor allem die Arbeit der Beschäftigten gestaltet sich in vielen Unternehmen sichtbar digitaler als vor der Krise: So hat rund jedes dritte Unternehmen in der Informationswirtschaft und jedes vierte Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe den eigenen Digitalisierungsgrad gesteigert. In erster Linie dürfte dieser Digitalisierungsschub aus den nötigen Anpassungen resultieren, die für eine effiziente Verlagerung der Arbeit vom Büro ins Homeoffice notwendig waren. Diese Anpassungen können sich langfristig auszahlen: Viele Unternehmen planen auch nach der Krise einen vermehrten Einsatz von Homeoffice-Angeboten, wie eine Befragung des ZEW vom Juni 2020 belegt.

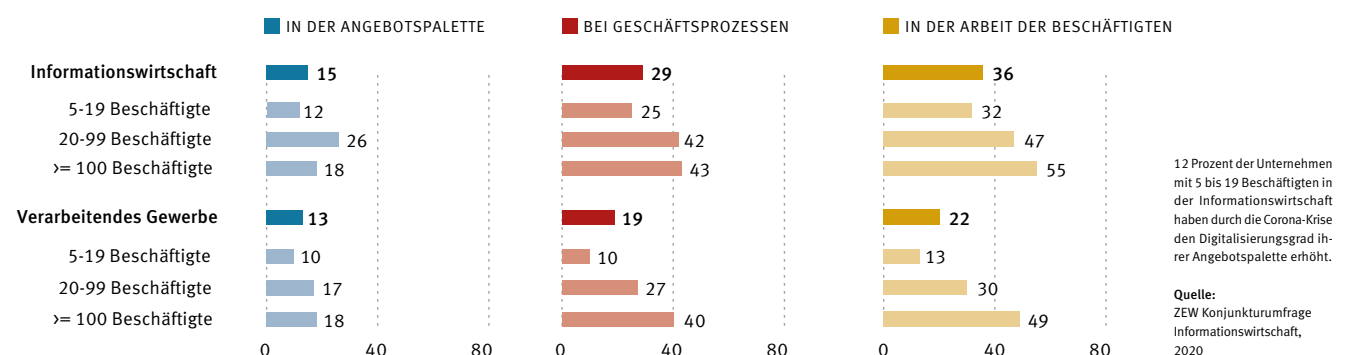
Aber nicht nur bei der Arbeit der Beschäftigten sind die Unternehmen seit Krisenbeginn digitaler geworden, sondern häufig

auch bei der Angebotspalette und den Geschäftsprozessen. Den Digitalisierungsgrad der Geschäftsprozesse haben etwa 30 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft und 20 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe erhöht. Fortschritte bei der Digitalisierung des eigenen Angebots erzielten jeweils etwa 15 Prozent der Unternehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Ausgangslage zwischen den Branchen unterscheidet: So waren Unternehmen in der Informationswirtschaft, welche die IKT-Branche, Mediendienstleister und wissensintensive Dienstleister umfasst, bereits vor der Krise deutlich digitaler aufgestellt als Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe.

Digitale Fortschritte häufiger bei großen Unternehmen

Die Häufigkeit, mit der Unternehmen von einem Digitalisierungsschub berichten, hängt auch von der Unternehmensgröße ab. So gestaltet etwa jedes zweite Unternehmen mit 100 oder mehr Beschäftigten die Arbeit nun digitaler, sowohl in der Informationswirtschaft als auch im Verarbeitenden Gewerbe. Geringer ist dieser Anteil bei Unternehmen mit 20 bis 99 Beschäftigten (47 bzw. 30 Prozent) und bei Unternehmen mit 5 bis 19 Beschäftigten (32 bzw. 13 Prozent). Auch bei der Angebotspalette

UNTERNEHMEN WEISEN DIGITALISIERUNGSSCHUB WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE AUF





und den Geschäftsprozessen finden digitale Veränderungen etwas häufiger in größeren Unternehmen statt.

Beim Umsatz zeigen sich ebenso Branchenunterschiede. Im Vergleich zu vor der Krise ist der Umsatz bei fast der Hälfte der Unternehmen in der Informationswirtschaft und bei rund 70 Prozent der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe gesunken. Dabei fallen die Umsatzrückgänge der vergangenen Monate teilweise massiv aus: Im Verarbeitenden Gewerbe ist bei etwa ei-

nem Drittel der Unternehmen der Umsatz um bis zu 25 Prozent eingebrochen. Für ein weiteres Drittel beträgt der Umsatzverlust sogar zwischen 25 und 75 Prozent des Vorkrisen-Niveaus. Für vier Prozent der Unternehmen ist der Umsatz nahezu ausgeblieben. In der Informationswirtschaft treten hohe Umsatzrückgänge hingegen deutlich seltener auf als im Verarbeitenden Gewerbe.

Der Branchenreport zum Download: www.zew.de/PU82093

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de

Neuer Index zeigt deutliche Unterschiede im Digitalisierungsgrad der Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft weist ein sehr heterogenes Bild bei der Digitalisierung auf. Zu diesem Ergebnis kommt der Digitalisierungsindex 2020, der als Teil des Projekts „Entwicklung und Messung der Digitalisierung der Wirtschaft am Standort Deutschland“ in Zukunft jährlich von ZEW in Kooperation mit IW, IW Consult und FIR e.V. berechnet wird (siehe Informationsbox auf Seite 7). Die Studie zum Digitalisierungsindex der Wirtschaft weist Ergebnisse in zehn Branchen, unterschiedlichen Unternehmensgrößenklassen, Bundeslandgruppen und Regionstypen aus. Als klarer Spitzenreiter in Sachen Digitalisierung geht die Informations- und Kommunikationstechnikbranche (IKT) mit 273 Punkten hervor. Mit Abstand folgen der Fahrzeugbau mit 193 Punkten sowie die Elektrotechnik und der Maschinenbau mit 144,3 Punkten. Deutlich unter dem Branchendurchschnitt von 100 Punkten liegen das Sonstige Verarbeitende Gewerbe (66,7 Punkte), die Tourismusbranche (64,4 Punkte) und das Sonstige Produzierende Gewerbe mit 55,6 Punkten.

IKT-Branche in allen Kategorien überdurchschnittlich

Der Digitalisierungsindex setzt sich aus unternehmensinternen und unternehmensexternen Kategorien zusammen, die zusätzlich Aufschluss zum Digitalisierungsgrad der deutschen Wirtschaft geben. Zu den internen Kategorien zählen die Prozesse, Produkte, Geschäftsmodelle, Qualifizierung sowie Forschungs- und Innovationsaktivitäten. Zu den unternehmensexternen Kategorien gehören die technische Infrastruktur, der administrativ-rechtlicher Rahmen sowie Gesellschaft, Humankapital und Innovationslandschaft.

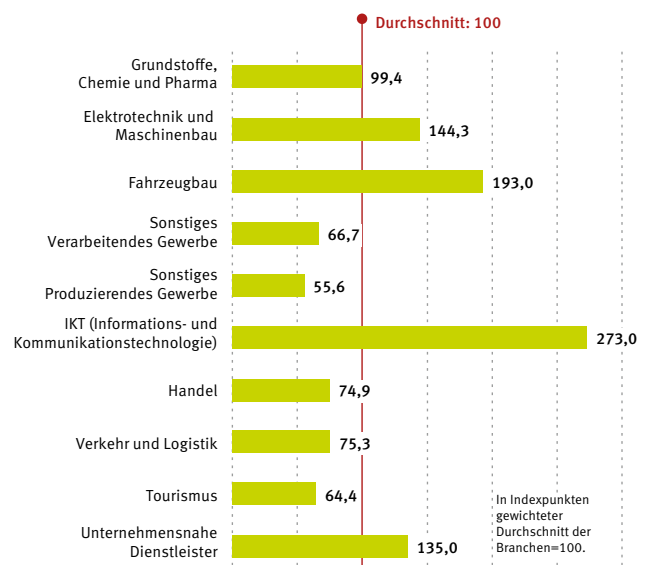
Der Blick auf die einzelnen Kategorien des Digitalisierungsindex zeigt genauer auf, wie dieses Branchenbild zustande kommt. Die IKT-Branche verzeichnet überdurchschnittliche Ergebnisse in allen Kategorien. Besonders stark sticht die Kategorie Innovationslandschaft hervor, worunter FuE-/Innovationskooperationen sowie digitale Start-ups zusammengefasst werden. Besonders hohe Werte zeigen sich in dieser Branche zudem bei der digitalisierungsrelevanten Qualifizierung von Beschäftigten sowie den in Produkten enthaltenen digitalen Komponenten.

Der Fahrzeugbau erreicht insbesondere durch die Kategorie Forschungs- und Innovationsaktivitäten einen hohen Gesamtwert beim Digitalisierungsindex 2020. Doch auch die Werte bei der digitalisierungsrelevanten Qualifizierung der Beschäftigten und der Digitalisierung der Prozesse sind überdurchschnittlich. Das Digitalisierungsbild für Elektrotechnik und Maschinenbau ist ausgeglichener: Hohe Werte verzeichnen Forschungs- und Innovationsaktivitäten, die Innovationslandschaft sowie die digitalisierungsrelevante Qualifizierung. Große Ausreißer in den Kategorien gibt es in dieser Branche nicht. Allgemein zeigt die Studie, dass es in vielen Branchen noch Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung gibt.

Mehr zum Index: www.de.digital/DIGITAL/Navigation/DE/Lagebild/Digitalisierungsindex/digitalisierungsindex.html

Prof. Dr. Irene Bertschek, irene.bertschek@zew.de
Dr. Vera Demary, vera.demary@iwkoeln.de

ERGEBNISSE DES DIGITALISIERUNGSINDEX 2020 NACH BRANCHEN



Quelle: Büchel et al., 2020



Potenziale digitaler Technologien für höhere Energieeffizienz bleiben ungenutzt

Unternehmen setzen digitale Technologien zur Senkung des Energieverbrauchs trotz zahlreicher Anwendungsmöglichkeiten bisher eher zögerlich ein: Ein Drittel der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und rund ein Fünftel der Unternehmen in der Informationswirtschaft geben Energieeinsparungen als Grund für Digitalisierungsmaßnahmen an. Bedeutendere Gründe sind Kundenanforderungen und der Innovationsdruck. Dies zeigt die Schwerpunktstudie „Digitalisierung und Energieeffizienz“ des ZEW in Kooperation mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH (IW Consult) und dem Forschungsinstitut für Rationalisierung (FIR) e. V. an der RWTH Aachen.

Sowohl die generelle Verbreitung von Maßnahmen zur Optimierung des Energieverbrauchs als auch der Einsatz digitaler Technologien tragen dazu bei, die Energieeffizienz zu fördern. Diese Maßnahmen sind allerdings in kleinen und mittleren Unternehmen weitaus weniger verbreitet als in größeren. So haben in der Informationswirtschaft 49 Prozent der großen Unternehmen (100 oder mehr Beschäftigte) in den vergangenen drei Jahren gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Energiebilanz durchgeführt. Bei den mittleren Unternehmen (20–99 Beschäftigte) waren es 31 Prozent und bei den kleinen Unternehmen (unter 20 Beschäftigte) lediglich 21 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe setzten 85 Prozent der größeren Unternehmen, 58 Prozent der mittleren und 42 Prozent der kleinen Unternehmen Maßnahmen zur Verbesserung der Energiebilanz um.

Digitalisierung braucht Energie

Dass sich Energieeffizienzmaßnahmen grundsätzlich lohnen, zeigt ein Blick auf den Energieverbrauch der Unternehmen: Rund

ein Drittel der Unternehmen, die gezielte Maßnahmen durchführten, beobachteten einen Rückgang des gesamten Stromverbrauchs. Ohne gezielte Maßnahmen waren es hingegen nur 14 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft und zehn Prozent der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Digitalisierung trägt zwar dazu bei, die Energieeffizienz zu verbessern, braucht aber auch selbst Energie. Bei der energieeffizienten Nutzung der IT besteht ebenfalls noch Luft nach oben. In den vergangenen drei Jahren haben 59 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft und 53 Prozent der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe auf die Nutzung energieeffizienterer Hardware gesetzt. Eine weitere Maßnahme zur Steigerung der Energieeffizienz der IT ist die Nutzung von Cloud-Technologien. Die Hardware in Cloud-Rechenzentren ist in der Regel auf einem neueren Stand, zudem profitieren die Rechenzentren von Skaleneffekten. In der Informationswirtschaft haben in den vergangenen drei Jahren 30 Prozent der Unternehmen Cloud-Technologien auf unternehmenseigenen Servern und 41 Prozent Cloud-Technologien auf fremden Servern genutzt. Im Verarbeitenden Gewerbe liegen diese Anteile bei 27 und 29 Prozent.

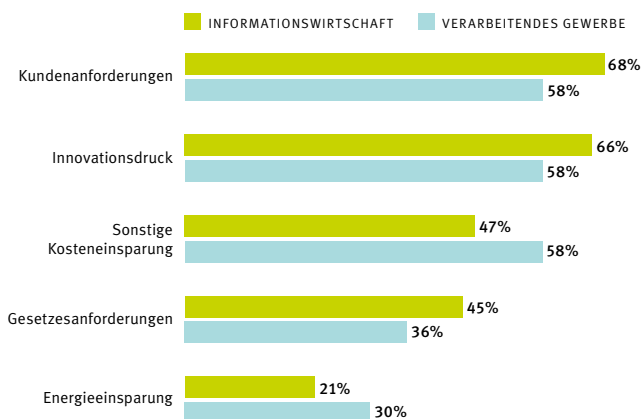
Die Studie enthält neben aktuellen Umfrageergebnissen auch einen aktuellen Überblick zum Stand der Forschung sowie Beispiele aus der Praxis. Sowohl in der Forschung als auch in der Praxis zeigt sich, dass in Sachen Verfügbarkeit und Verarbeitung von Energiedaten Aufholbedarf besteht, um die Potenziale digitaler Technologien für die Erhöhung der Energieeffizienz realisieren zu können.

Die Studie zum Download unter:

www.de.digital/DIGITAL/Navigation/DE/Lagebild/Schwerpunktstudie/schwerpunktstudie.html

Prof. Dr. Irene Bertschek, irene.bertschek@zew.de
Dr. Mareike Seifried, mareike.seifried@zew.de

GRÜNDE FÜR DIGITALISIERUNGSPROJEKTE IN DEN VERGANGENEN DREI JAHREN



(Anteil der Unternehmen in Prozent) Quelle: ZEW-Konjunkturumfrage Informationswirtschaft, 2. Quartal 2020

HINTERGRUND

Der Digitalisierungsindex und die Schwerpunktstudie sind Teil eines umfassenden Forschungsprojekts, den das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für einen Zeitraum von zunächst drei Jahren beauftragt hat. Das Projekt „Entwicklung und Messung der Digitalisierung der Wirtschaft am Standort Deutschland“ wird von einem Projektkonsortium, bestehend aus dem ZEW Mannheim (Konsortialführer), dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH, dem Forschungsinstitut für Rationalisierung e.V. an der RWTH Aachen und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. durchgeführt.



Foto: © iStockphoto.com/acilo

Effektive Klimapolitik sollte über den reinen Emissionshandel hinausgehen

Das Instrument des Emissionshandels besitzt im umweltökonomischen sowie gesellschaftlichen Diskurs über Dekarbonisierung eine herausragende Stellung, verspricht es doch, die politisch gesetzten Klimaziele kosteneffizient und verlässlich zu erreichen. Eine zu starke Fokussierung auf Emissionshandel kann jedoch unter Umständen Klimaschutz effektiv hemmen. Eine ZEW-Studie beleuchtet implizite Vorannahmen und etwaige Schwachstellen dieser Fokussierung und zeigt mögliche Hebel für erhöhte Effektivität auf.

Mit dem Pegel der Weltmeere steigt die Dringlichkeit für entschlossenes klimapolitisches Handeln. Manche Akteure fordern deshalb, strukturelle Treiber der Klimakrise zu beseitigen. Im umweltökonomischen Diskurs jedoch werden diese transformativen Forderungen häufig mit dem Verweis auf den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) abgewehrt. Zusätzliche Vermeidungsanstrengungen führten aufgrund des fixen Mengenziels lediglich zu einer Verschiebung der Emissionen und seien somit nicht erforderlich, sogar kontraproduktiv. Doch gibt es gute Gründe, die Empfehlung des Emissionshandels neu zu denken.

Marktbasierte Instrumente wie der Handel von CO₂-Zertifikaten versprechen, die politisch gesetzten Klimaziele kosteneffizient zu erreichen, und stehen deshalb häufig im Zentrum umweltökonomischer Politikberatung. So wurde der EU-ETS 2004 auf ökonomisches Anraten hin als weltweit erster Emissionshandel implementiert. Auch in der Debatte um CO₂-Emissionen im Straßenverkehr und der Wärmeerzeugung empfehlen Ökonomen/-innen als zentrale Maßnahme, diese Sektoren in den EU-ETS zu integrieren. Dieser Empfehlung liegen normative Vorannahmen zu Grunde, die vor dem Hintergrund der klimapolitischen Herausforderungen beleuchtet werden müssen.

Erstens erwächst die Höhe der aktuellen Treibhausgasemissionen aus einer fossilen Infrastruktur, die in über zwei Jahrhunderten aufgebaut wurde und eng mit Institutionen und menschlichem Verhalten verzahnt ist. Daraus ergeben sich zahlreiche Pfadabhängigkeiten, z.B. in Form von Infrastruktur und Technologie, die das Fortwirken eines hohen Emissionsniveaus vorgezeichnen. Diese Pfadabhängigkeiten adressiert der Emissions-

handel nur indirekt. So erscheint etwa die erforderliche Umgestaltung der Infrastruktur einzig durch den Emissionshandel wenig wahrscheinlich – unter anderem wegen langer Lebenszyklen, hoher Investitionskosten und komplexer Regulierung. Werden Pfadabhängigkeiten jedoch nicht explizit abgebaut, begrenzen sie die Einsatzmöglichkeiten emissionsfreier Technologien sowie die politische Realisierbarkeit künftiger ambitionierter Maßnahmen.

Zweitens verbleiben unter dem Mengenziel nur jene Emissionen, deren Vermeidung die höchsten Kosten verursachen würde. Welche Aktivitäten diese Emissionen verursachen, ist dabei irrelevant. Der Emissionshandel verkennt damit, dass sich verschiedene CO₂-Quellen in ihrer Relevanz für das menschliche Wohlergehen sehr stark unterscheiden. Während sich manche Emissionen wie bei der Nahrungsmittelproduktion auf grundlegende Bedürfnisse zurückführen lassen, sind Luxusemissionen weniger essenziell. Das Ausblenden qualitativer Unterschiede zwischen Emissionsquellen ist nicht nur ethisch fragwürdig; ein erhöhter Vermeidungs- oder Preisdruck auf essenzielle Emissionen kann außerdem regressiv wirken. Werden weniger relevante Sektoren nicht unabhängig vom Emissionshandel rückgebaut, steigt auch das Risiko gesellschaftlichen Widerstands gegen klimapolitische Maßnahmen.

Drittens impliziert der Fokus auf den Emissionshandel, dass die kosteneffiziente Emissionsreduktion das einzige übergeordnete Ziel klimapolitischen Handels sei. Dabei sind ökologische Krisen eng mit sozialer Ungleichheit verzahnt. Soziale Gerechtigkeit sollte daher ebenfalls als klimapolitisches Ziel erster Ordnung verstanden und bei der Auswahl und Ausgestaltung klimapolitischer Instrumente berücksichtigt werden. Der Umbau zu einer klimaneutralen Ökonomie wird Konflikte hervorrufen und verstärken. Dieses Konfliktpotenzial sollten politikberatende Ökonomen/-innen von vornherein mitdenken.

Vera Huwe, vera.huwe@uni-due.de
Marc Frick, marc.frick@zew.de

Dieser Beitrag erschien in ausführlicherer Form am 14. Dezember im „Makronom“.

Nachgefragt: Wo findet Marktdesign im Alltag statt?

„Man nimmt die Erkenntnis aus der Wissenschaft und trägt sie in die Praxis“

Märkte fallen nicht vom Himmel, sondern werden von Menschen geschaffen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Wie gut ein Markt dafür geeignet ist, hängt ganz entscheidend von den Regeln ab, die auf ihm gelten. Marktdesign widmet sich der Analyse und Optimierung von Märkten durch die Gestaltung dieser Regeln. Im Interview spricht ZEW-Ökonom Prof. Dr. Vitali Gretschko über verschiedene Anwendungsgebiete von Marktdesign.

Worum geht es bei Marktdesign?

Wir schauen uns Märkte an und überlegen, welche Regeln und welche Rahmenbedingungen dazu führen, dass diese Märkte besonders gut funktionieren. Der Marktdesigner beweist nicht allgemeine Theoreme, die auf allen Märkten gelten, sondern er schaut sich einen spezifischen Markt an und beschreibt für diesen Markt die optimalen Regeln, testet sie und hilft eventuell bei der Implementierung dieser Regeln. Das heißt auch, man trifft eine spezifische Aussage, wie dieser Markt verbessert werden kann. Und das bedeutet insbesondere, sich mit den feinen Details des Marktes auseinanderzusetzen. Man nimmt die Erkenntnis aus der Wissenschaft und trägt sie in die Praxis. Man scheut sich nicht davor, auf die Praktiker zuzugehen, mit ihnen zusammenarbeiten und voneinander lernen zu wollen.

Welchen Beitrag kann Marktdesign zur Bewältigung der Corona-Krise leisten?

Am Anfang der Corona-Krise hat es an medizinischen Gütern gefehlt, da die Vorräte nicht für den Krisenmodus gemacht sind. Krankenhäuser konnten auf einmal ihre Nachfrage nicht mehr decken. Wie kann Marktdesign da helfen? Die Marktdesigner Axel Ockenfels, Robert Wilson und Peter Cramton haben einen Vorschlag erarbeitet, wie man mit diesem Problem umgehen kann

– in Form einer zentralisierten Clearingstelle für medizinische Produkte. Diese Stelle sammelt zunächst Daten, um anzuzeigen, welches Krankenhaus aktuell welche medizinischen Produkte zu Verfügung hat. Die Clearingstelle könnte potenziell auch medizinische Güter von den Herstellern einkaufen. Dann würde sich die Frage stellen, wie mit diesen Informationen, die gekauften Güter auf Krankenhäuser verteilt werden. Zunächst muss allerdings verstanden werden, wo die Güter am meisten gebraucht werden. Ein Beispiel: Angenommen es kommt zu einem Ausbruch in Hamburg und gleichzeitig zu keinem Ausbruch in München, dann wäre es sinnvoll, medizinische Güter von München nach Hamburg zu transferieren. Der Vorschlag ist, einen fiktiven Markt aufzusetzen. Hier würde man eine medizinische Währung entwickeln, von der jedes Krankenhaus eine Grundausstattung bekommen würde. Mit dieser könnten Krankenhäuser über die zentrale Clearingstelle Güter kaufen. Das Krankenhaus in Hamburg könnte dann für diese medizinische Währung in München etwa Beatmungsgeräte kaufen.

Was wäre ein weiteres Beispiel für einen konkreten Markt?

Ein Beispiel ist die Zuteilung von Kindergartenplätzen. Auf den ersten Blick fragt man sich: Ist das überhaupt ein Markt? Bei Kindergartenplätzen handelt es sich um ein knappes Gut mit zwei Seiten, die wir zueinander bringen: Auf der einen Seite die Träger der Kindergärten und auf der anderen Seite die Eltern. Diese Plätze sollen möglichst effizient verteilt werden und die Wunschplätze von Eltern berücksichtigen. Also kann man das durchaus als Markt sehen, auch wenn es keinen Preis im engeren Sinne gibt. Wir arbeiten mit einigen Kreisen und Jugendämtern zusammen, um Regeln für eine zentralisierte Vergabe zu finden. Dafür geben Eltern eine Liste mit Präferenzen ab. Die Träger und die öffentlichen Kindergärten haben eine Prioritätenliste mit Kriterien, nach denen Kinder eine Priorität an einem bestimmten Kindergarten bekommen. Mit diesen Listen wird ein Algorithmus für eine Zuteilung entwickelt. Diese Art der Zuteilung ist stabil, das bedeutet, es gibt keine Möglichkeit, diese Zuteilung so zu verbessern, dass beide Marktseiten zufrieden sind. Die zweite Eigenschaft ist Strategiesicherheit. Für Eltern gibt es keinen Anreiz, die Präferenzliste strategisch auszufüllen. Der Algorithmus führt immer dazu, dass der bestmögliche Kindergarten gefunden wird, wenn Präferenzen wahrheitsgemäß angegeben werden.

“



Prof. Dr. Vitali Gretschko

ist Leiter der Forschungsgruppe „Marktdesign“ am ZEW, Professor für Marktdesign an der Universität Mannheim und Mitglied der Forschergruppe „Design and Behavior“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Seine Forschungsinteressen erstrecken sich über alle Gebiete des Marktdesigns mit

Schwerpunkten im „Mechanism Design“, der angewandten Auktionstheorie und der Vertragstheorie. Er verfügt darüber hinaus über umfassende Erfahrung in der praktischen Gestaltung von Auktionen und Märkten sowie der strategischen Beratung von Marktteilnehmern.

vitali.gretschko@zew.de

#ZEWSPODCAST

Das komplette Interview mit Vitali Gretschko zum Thema Marktdesign gibt es als Podcast unter <https://wirtschaft-forschung-debatten.podigee.io/>

Lars Feld stellt Jahresgutachten 2020/21 der Wirtschaftsweisen vor

Am 8. Dezember 2020 stellte Professor Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Vorsitzender des Sachverständigenrats (SVR), zentrale Punkte des Jahresgutachtens 2020/21 vor. Im Gutachten mit der Überschrift „Corona-Krise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken“ forderte der SVR die Bundesregierung auf, die Wirtschaftspolitik in Deutschland nachzjustieren. Die virtuell durchgeführte Veranstaltung war Teil der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am ZEW Mannheim.

„Die Corona-Pandemie und ihre Folgen werden die deutsche Volkswirtschaft noch längere Zeit begleiten“, begann Feld. Der SVR gehe davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr um 5,1 Prozent schrumpfen werde, für das Jahr 2021 erwarte er dagegen ein Wachstum von 3,7 Prozent. „Das Vorkrisenniveau werden wir allerdings nicht vor 2022 erreichen“, sagte der Vorsitzende der Wirtschaftsweisen. Neben der Konjunkturprognose widmete sich Felds Vortrag auch der Stabilisierungspolitik der Bundesregierung in der Corona-Krise. Seiner Meinung nach sei es „wichtig, in dieser Ausnahmesituation wirtschaftspolitisch gegenzusteuern.“ Umfangreiche geld- und fiskalpolitische Maßnahmen hätten die Wirtschaft in der Krise sehr rasch gestützt, nicht nur auf nationaler Ebene in Deutschland und anderen europäischen Staaten, sondern auch auf EU-Ebene. Nachjustieren sollte die Bundesregierung bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie dem Ausbau des steuerlichen Verlustrücktrags anstelle der Umsatzsteuersenkung sowie den Überbrückungshilfen für Unternehmen im November und Dezember.

Um auf künftige Krisen erneut angemessen reagieren zu können, sollten mittelfristig wieder Spielräume für die Fiskal- und

Geldpolitik eröffnet werden. „Wenn sich die Wirtschaftslage nachhaltig verbessert hat, sollte man durchaus auch wieder zur Konsolidierung“ und zur Regelgrenze der Schuldenbremse zurückkehren, sagte der Chef der Wirtschaftsweisen Feld.

Anschließend diskutierten ZEW-Präsident Wambach, Ph.D.,



und der SVR-Vorsitzende Details des Gutachtens. Themen waren hierbei neben Fiskalpolitik, Produktivität und Klima auch die Rente und hier insbesondere die Frage einer Anhebung des Renteneintrittsalters sowie die möglichen Lerneffekte für Europa aus der Corona-Krise. Rund 230 Zuschauern/innen verfolgten die ZEW-Veranstaltung über den Livestream.

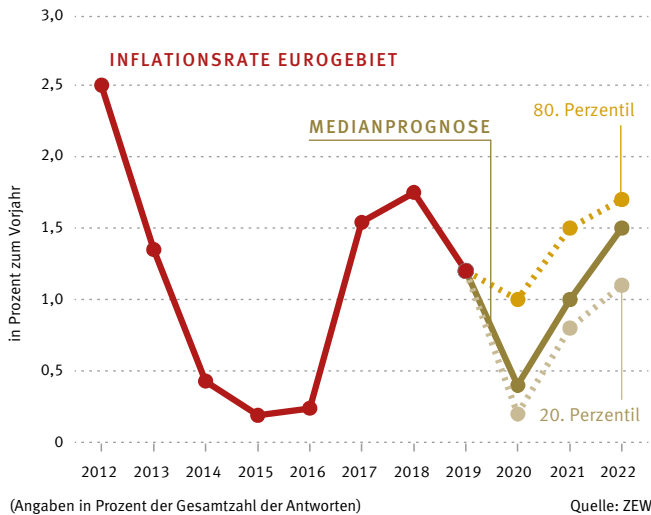
Wie sich die Corona-Pandemie auf die EU-Fiskalarchitektur auswirkt

Bei der ZEW/EconPol Special Policy diskutierten Forschende und politische Entscheidungsträger/innen am 3. Dezember 2020, wie die EU-Fiskalarchitektur angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie angepasst werden könnte. Das virtuelle Seminar wurde gemeinsam vom ZEW Mannheim und dem internationalen Forschungsnetzwerk EconPol Europe organisiert und von ZEW-Ökonom Dr. Zareh Asatryan moderiert. Die Special Po-

licy Session der ZEW-Seminarreihe zählte rund 120 Teilnehmende aus ganz Europa. Zu Beginn des Seminars präsentierten zwei Mitglieder des Europäischen Fiskalausschusses (EFA) – Roel Beetsma, Professor an der Amsterdam School of Economics, und Xavier Debrun, Ph.D., Berater bei der Belgischen Nationalbank – die Ergebnisse des EFA-Jahresberichts. Der vierte Jahresbericht des Ausschusses bewertet die Umsetzung des EU-Fiskalrahmens im Jahr 2019. Im Anschluss an die Präsentation führten Agnès Bénassy-Quéré, Professorin an der Paris School of Economics, und Thomas Westphal, Leiter für Europapolitik im Bundesfinanzministerium, durch die Diskussion. Die Diskussion konzentrierte sich auf drei seit langem bestehende Lücken in der EU-Fiskalarchitektur. Erstens auf das Fehlen einer echten und dauerhaften zentralen Fiskalkapazität. Zweitens auf mangelhafte Anreize, um wachstumsfördernde Staatsausgaben beizubehalten oder zu erhöhen und drittens diskutierten die Panellisten das undurchsichtige Regelwerk und Benchmarks, die schlecht auf die länderspezifischen Bedürfnisse und Kapazitäten zugeschnitten sind. Das Panel war sich einig, dass Reformen sowie Fiskalregeln und deren effektive Umsetzung in der Währungsunion nach der Corona-Krise wichtiger denn je sind.



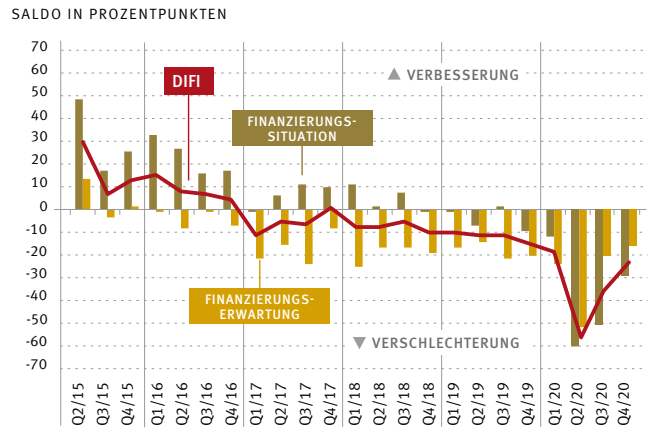
Weiterhin sehr niedrige Inflationsraten im Eurogebiet



Das ZEW befragte Finanzmarktexperten/-innen, wie sie die mittelfristige Inflationsentwicklung im Eurogebiet einschätzen. Die Inflationsrate, gemessen mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex, ist abermals negativ. Für 2020 erwarten die Experten/-innen im Median ein Anstieg um 0,4 Prozent. In den folgenden zwei Jahren soll sich die Inflationsrate allmählich wieder normalisieren: Für 2021 beträgt die Medianprognose 1,0 Prozent und für 2022 1,5 Prozent. Die Phase sinkender Preise wird somit eine kurze Episode bleiben. Verantwortlich für die Preisentwicklung sind vor allem die derzeit schwache Konjunkturentwicklung und die sie auslösende Corona-Pandemie. Da für 2021 und 2022 wieder ein stärkeres Wirtschaftswachstum erwartet wird, fallen auch die Inflationsprognosen für diese Jahre höher aus. Folglich würde sich 2022 die Inflationsrate im Eurogebiet dann wieder in einer Vor-Corona-Größenordnung bewegen.

Dr. Michael Schröder, michael.schroeder@zew.de

Aufwärtstrend bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen hält an



Mittelwert aus Lage- und Erwartungseinschätzung für die fünf Immobilienmarktsegmente (Büro, Einzelhandel, Logistik, Wohnen, Hotel). Quelle: JLL und ZEW

Der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) von ZEW und JLL erholt sich im vierten Quartal 2020 weiter. Der Stimmungsdikator legt um 12,5 Punkte auf nun minus 23,5 Punkte zu und liegt damit fast wieder auf dem Niveau des ersten Quartals 2020 (minus 18,5 Punkte). Insbesondere die Einschätzung der Finanzierungssituation der vergangenen sechs Monate führt dazu, dass der Index beinahe den Stand vor Beginn der Coronapandemie erreicht. Auch bei der Einschätzung der Finanzierungserwartungen für die kommenden sechs Monate zeigen sich die Experten/-innen vorsichtig optimistisch. Die auch in der Krise als sehr relevant betrachteten Nutzungsarten Wohnen und Logistik sind dabei aktuell und zukünftig besonders positiv bewertet, die Einschätzung der Finanzierungssituation ist sogar besser als vor der Pandemie. Die Assetklasse Logistik erreicht den höchsten Stand seit dem Jahresbeginn 2016.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de



#ZEWlive mit Ulrich Nußbaum

Muss die soziale Marktwirtschaft in Europa reagieren, um im Wettbewerb mit China besser aufgestellt zu sein? Wie lassen sich die europäischen Interessen schützen und die Potenziale des chinesischen Marktes gleichzeitig offenhalten? Darüber diskutieren am 13. Januar 2021 Dr. Ulrich Nußbaum, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD. Das #ZEWlive findet zum Thema „China und die EU – Partner und Wettbewerber“ online statt und wird von der Journalistin Jessica Sturmberg moderiert. Mehr Informationen unter: www.zew.de/VA3375

SEEK-Workshop zu sozialer Mobilität

Das ZEW Mannheim organisiert am 22. und 23. März 2021 einen internationalen Workshop zu sozialer Mobilität und deren Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Die Veranstaltung wird durch das internationale Forschungsprogramm SEEK und das D3.2-Förderprojekt Evidence-Based Anti-Poverty Policies der Università Cattolica del Sacro Cuore, Mailand, gefördert. Beiträge, die sich mit den Ursachen und Folgen von sozialer generationsübergreifender Mobilität beschäftigen, sind besonders willkommen. Einreichungen bis zum 10. Januar 2021. Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA33XX



Foto: ZEW

Schließungen alleine reichen für eine erfolgreiche Krisenpolitik nicht

Vor einem Jahr hat sich der erste Patient in Wuhan mit dem Corona-Virus angesteckt. Mittlerweile sind weltweit über 65 Millionen Menschen mit dem Virus infiziert, etwa 1,5 Millionen sind

im Zusammenhang mit dem Virus verstorben, und die Weltwirtschaft erlebt den größten Einbruch seit Kriegsende.

Die moderne Gesellschaft hat mit ihren vielfältigen Verflechtungen zwischen Menschen, Unternehmen und Staaten einen hohen Komplexitätsgrad erreicht. Das Corona-Virus hat dieses Geflecht in unerwartete und ungewünschte Richtungen gezerrt. Seit Beginn der Krise wird weltweit versucht, die Virusausbreitung möglichst gering zu halten, ohne dabei die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler übermäßig zu schmälern und die Wirtschaft zu sehr einzuschränken. Den richtigen Mix an Maßnahmen zu finden ist eine Kunst. Dabei schneidet die Bundesrepublik im europäischen Vergleich bislang recht gut ab.

Wenn man als Maß für die Schwere der Pandemie die Anzahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19 betrachtet, so ist Deutschland zum Zeitpunkt dieses Beitrags mit unter 250 Todesfällen pro eine Million Einwohner im Vergleich zu anderen EU-Staaten mit über 600 Todesfällen pro eine Million Einwohner weit weniger stark betroffen. Gleichzeitig ist der erwartete BIP-Einbruch 2020 mit 5,1 Prozent geringer als der im Euro-Raum mit 7,0 Prozent.

Für diese Ergebnisse sind nicht allein die Politikmaßnahmen verantwortlich. So sind etwa Länder mit einem höheren Tourismusanteil an der Volkswirtschaft wie Italien und Spanien wirtschaftlich stärker betroffen. Und ein wichtiger Faktor, der zur Eindämmung des Virus beiträgt, ist das Sozialkapital einer Region. Sozialkapital beschreibt die Bereitschaft der Menschen, kollektiv zu handeln und sich mit ihrem individuellen Verhalten für die Gemeinschaft einzusetzen. Maßgrößen für die Höhe des Sozialkapitals sind etwa die Beteiligung bei regionalen Wahlen oder der Anteil der Bevölkerung, der regelmäßig Blut spendet.

ZEW-Forscher haben den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Ausbreitung des Virus untersucht. Covid-19 breitete sich in Italien, Deutschland und Großbritannien in Regionen mit einem höheren Sozialkapital signifikant langsamer aus als in solchen mit geringerem Sozialkapital. Studien für die USA kommen zu einem ähnlichen Ergebnis.

Das Vertrauen in die Politik spielt dabei eine wichtige Rolle. So konnte mithilfe von Mobilfunk-Bewegungsdaten beobachtet werden, dass in Regionen, in denen das Vertrauen in die Politik höher ist, ein stärkerer Rückgang der Mobilität stattfand. Insofern ist es sowohl eine Konsequenz des Erfolgs als auch konstitutiv für sein Zustandekommen, dass seit März die Zustimmung zum Corona-Krisenmanagement der Politik in Deutschland überwiegend zwischen 60 und 70 Prozent liegt, allerdings mit abnehmender Tendenz. Vergleichbare Größen in Frankreich und Großbritannien liegen bei unter 40 Prozent.

Bei der Bekämpfung der Virus-Ausbreitung steht Deutschland in den Wintermonaten vor schwierigen Entscheidungen. Der Erfolg der Krisenpolitik hängt auch von Faktoren ab, die die Politik nicht anordnen kann. Die Effektivität von Maßnahmen wird durch die Menschen vor Ort bestimmt, und sie sind umso erfolgreicher, je höher das Sozialkapital ist und je mehr der Politik vertraut wird. Hierauf können Regierungen von Bund und Ländern noch mehr Einfluss nehmen, etwa indem sie klarer kommunizieren, nach welchen Kriterien Einschränkungen getroffen werden.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D.

Dieser Beitrag ist in einer längeren Version am 16. Dezember 2020 im „Tagesspiegel“ erschienen.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Dominic Egger · Telefon +49 621 1235-103 · dominic.egger@zew.de

Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Lisa Rath · Telefon +49 621 1235-316 · lisa.rath@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2020